

Neue

**Freie**  
Zeitung

Nr. 13 · Donnerstag, 28. März 2019

€ 0,80

Österreichische Post AG

WZ 020302878 WZ

Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a,  
A-1080 Wien · Tel.: 01 512 35 35 0 · Fax: 01 512 35 359

Retouren an NFZ, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

## FPÖ fordert im Landtag ein Bekenntnis zur Asylpolitik

Durch den Einfluss der Grünen in der Landesregierung verhält sich die Salzburger ÖVP merkwürdig gegenüber der Bundesregierung, speziell bei der Asyl- und Sicherheitspolitik. Daher fordert die FPÖ im Landtag jetzt ein Bekenntnis der Landesregierung zur Asylpolitik ein.

S. 13



Foto: FPÖ Salzburg

# VfGH bestätigt Kurs gegen Polit-Islam!

Ausweisung von auslandsfinanzierten Imamen gemäß Islamgesetz ist korrekt

S. 2/3



## Unser Mann für die „Mission Fairness“

Hubert Fuchs' Plan zur Steuerreform ohne versteckte „Nebenwirkungen“ – S. 4/5

### PARLAMENT

#### Mehr Pflegekräfte

FPÖ-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein nimmt die Warnung des Wirtschaftsforschungsinstituts zum Pflegekräftemangel ernst. Deshalb ist im „Masterplan Pflege“ der Bundesregierung auch eine Kampagne zur Hebung des Ansehens dieses Berufs eingeplant.

S. 6

### AUSSENPOLITIK

#### „No Way“-Modell

Der FPÖ-Spitzenkandidat zur Europawahl, Generalsekretär Harald Vilimsky, erläutert im NFZ-Interview seine Forderungen zu Einwanderung und Asyl. Zum Stopp der illegalen Migration fordert er einen echten Schutz der EU-Außengrenze wie in Ceuta.

S. 8/9

### WIEN

#### Spekulantennetzwerk

Immer offener zeigen sich die Verbindungen zwischen der SPÖ Wien und Immobilienspekulanten. So etwa beim „Verkauf“ von Sozialwohnbaugesellschaften der Genossen an private Investoren, samt der dazugehörigen „Sozialwohnungen“.

S. 11

### MEDIEN

#### Wrabetz' Sorgen

ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz fährt schwere Geschütze gegen eine Reform der ORF-Finanzierung auf. Der bestverdienende Intendant im deutschsprachigen Raum glaubt ernsthaft, dass die FPÖ den Staatssender nur „zerbröseln“ will.

S. 14



AUS DER  
REDAKTION

Andreas Ruttinger  
andreas.ruttinger@fpoe.at

Da fühlten sich aber zwei feine Herren von den Freiheitlichen ordentlich auf den Schlips getreten. Jedenfalls lässt sich das aus den Reaktionen von Ümit Vural und Alexander Wrabetz ablesen.

Der Präsident der Islamischen Gemeinde sah sich im Schatten des Massakers in Neuseeland bemüßigt, gegen die Islam-Hetze der FPÖ auf die Barrikaden zu steigen: „Politischer Islam ist zum reinen Kampfbegriff verkommen. Inhaltsleer und populistisch verwendet, um Muslime zu attackieren.“

## Zwei feine Herren

Klar doch, das Kopftuch, islamische Kindergärten, illegale Moscheen und Imam-Schulen sind ja keine religiös motivierten Antworten auf Integrationsvorgaben oder die säkulare Demokratie. Von den Kalifatsträumen der Salafisten ganz zu schweigen. Alles islamophobe Weltverschwörungstheorien, wie wohl auch Vurals Verbindungen zu Milli Görüs und der Moslembruderschaft, für die der Islam nicht nur Religion ist, sondern DAS Gesellschaftsmodell.

Nicht minder eloquent die Phantasiewelt des Herrn Wrabetz, der sich und sein 400.000 Euro Jahresgehalt – die höchste Intendanten-Gage im deutschsprachigen Raum – durch eine Reform der ORF-Finanzierung in Gefahr sieht. Die g'schmackigen Details über die Gehälter der alternativ-informativen Berichterstatter am Königberg sprechen eine andere Sprache, als nach den absackenden Zuseherzahlen zu erwarten wäre. Ein Minderheitenbeglückungs-Zuschlag?

Die FPÖ will den ORF „zerbröseln“, mutmaßt Wrabetz. Wie denn, Herr Wrabetz, das haben Sie ja schon längst geschafft.

# VfGH stärkt den Kurs gegen

## Verfassungsgericht bestätigt Ausweisung dreier Imame gemäß Islamgesetz

Der Verfassungsgerichtshof hat damit jenen Teil des Islamgesetzes bestätigt, der die Finanzierung von Imamen durch das Ausland verbietet. Quasi im Gegenzug hat der Präsident der Islamischen Glaubengemeinschaft den Vizekanzler angezeigt, weil dieser auf Missstände in islamischen Kindergärten aufmerksam gemacht hatte.

Eine Premiere gab es vergangene Woche für die neue Bundesregierung: Der Verfassungsgerichtshof, der bisher die Rechte von Einwanderern verteidigte, hat den Antrag der Islamischen Religionsgemeinschaft abgelehnt, Teile des Islamgesetzes aufzuheben, weil dieses die Finanzierung von Imamen durch das Ausland verbietet. Damit wurde zugleich auch die Beschwerde von drei Imamen abgewiesen, die deswegen des Landes verwiesen werden sollten.

### VfGH bestätigt Islamgesetz

Mit der Bestätigung des Gesetzes kann jetzt klar gegen Politisierung und Radikalisierung der österreichischen Moslems in den Moscheen vorgegangen werden. Denn die meisten der hier tätigen Imame sind Angestellte der türkischen Religionsbehörden und unterstehen somit der Regierung in Ankara, die seit Jahren die Islamisierung der Bevölkerung vorantreibt.

„Dieses Urteil des Verfassungsgerichtshofes zeigt, dass die österreichische Regierung mit ihren Maßnahmen gegen den radikalen politischen Islam auf dem richtigen Weg ist. Fanatismus, egal aus welcher Ecke, ist abzulehnen und muss bekämpft werden, ebenso wie Inte-

grationsfeindlichkeit oder die Ablehnung der Demokratie“, begrüßte Vizekanzler HC Strache das Urteil.

Den Beweis, dass die Islamische Glaubengemeinschaft IGGÖ nicht gerade viel Interesse an der Integration zeigt, erbringt die Tatsache, dass sie umgehend eine Beschwerde beim Menschenrechtsgerichtshof eingereicht hat.

### Retourkutsche der IGGÖ?

In diesem Sinne darf wohl auch die Anzeige des Präsidenten der Glaubengemeinschaft, Ümit Vural, gegen Vizekanzler HC Strache gesehen werden. „Nach den Terroranschlägen in Neuseeland haben wir als Islamische Glaubengemeinschaft gesagt: Es reicht. Und die Aussagen des Vizekanzlers sind eine massive Entgleisung, die wir nicht mehr hinnehmen können“, begründete Vural seine Anzeige wegen „Verhetzung“ gegen den Vizekanzler. HC Strache hatte tags zuvor bei der Präsentation des jüngsten Buches von Thilo Sarrazin vor zwei Wochen in Wien daran erinnert, dass in islamischen Kindergärten „mit Hasspredigten die Kinder zu Märtyrern erzogen werden sollen“.

Eine Aussage, die durch die Funde von islamistischen Büchern und Schriften in islamischen Kindergär-



Foto: Facebook

Vergangenes Jahr hatte der türkische stell, die die religiös-nationalistische F

ten oder durch die „Nachstellung“ der Schlacht von Canakkale durch Kinder in der ATIB-Moschee in der Wiener Dammstraße im vergangenen Jahr untermauert wird: Die Videoaufnahmen stolzer Eltern auf Facebook zeigten Kinder in Tarnanzügen, die mit türkischen Fahnen exerzieren.

FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker konfrontierte Ümal dazu mit einem Bericht der Recherche-Plattform Addendum, wonach Ümal bei einer den deutschen Behörden nicht gemeldeten Veranstaltung mit Vertretern der islamis-



SPITZE FEDER Der Vizekanzler im Reformeifer.

### IMPRESSUM

Offenerlegung gemäß § 25 Mediengesetz  
Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:  
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –  
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,  
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;  
Freiheitlicher Parlamentsklub,  
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien  
Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer  
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:  
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9  
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at  
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at  
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29  
Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien  
Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;  
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);  
Auslandsjahresbezug: € 73  
BIC: OPSKATWW  
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450  
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.  
Verlags- und Herstellungsort: Wien  
Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

# politischen Islam

## – Koalition will IS-Kämpfern Rückkehr verwehren



Kulturverein und Moscheebetreiber Atib noch Fotos auf Facebook gegen Propaganda der Regierung Erdogan in Österreich beweisen.

tischen Moslebruderschaft teilgenommen hatte (siehe dazu S. 6).

### Keine Rückkehr für IS-Kämpfer

Am Mittwoch wird im Nationalrat das neue Konsulargesetz beschlossen, das den Schutz österreichischer Staatsbürger im Ausland sicherstellt, etwa die Rückführung nach Österreich. Mit der Neuregelung soll die Rückkehr von „Austro-Dschihadisten“ aus Syrien und dem Irak unterbunden werden. Demnach kann Personen, deren Einreise die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden würde, die

Unterstützung untersagt werden. Ebenso sollen Menschen, die sich Terrororganisationen angeschlossen haben und die Grundwerte der österreichischen Gesellschaft ablehnen, keinen Anspruch auf die Hilfe Österreichs haben.

„Es ist ganz klar, dass IS-Rückkehrer jegliches Recht auf Schutz Österreichs verloren haben, und dies werden wir konsequent weiterverfolgen“, bekräftigte Innenminister Herbert Kickl die Haltung der Bundesregierung im Kampf gegen islamistischen Terror und politischen Islam.

### AUFSTEIGER ↕



FPÖ-Finanzstaatssekretär **Hubert Fuchs**, der mit seiner Finanzierungsreform eine ganzheitliche ORF-Reform angestoßen hat. Angesichts der sinkenden Zuseherzahlen und der Luxusgehälter hätte der Sender diese dringend nötig.

### ABSTEIGER ↕



ORF-Generalintendant **Alexander Wrabetz**, der sein Versprechen nach Erhöhung der Zuseherquote nicht halten konnte – aber eine Reform ablehnt. Dafür umsorgt er sein Haltung-statt-Information-Personal mit fürstlichen Gehältern.

### KURZ UND BÜNDIG



### Karas gegen Asylkurs

ÖVP-EU-Spitzenkandidat Othmar Karas hat nach dem UNO-Migrationspakt und der Kürzung der Familienbeihilfe für im EU-Ausland lebende Kinder erneut gegen die österreichische Bundesregierung mobil gemacht. „Jetzt konterkariert er auch bei der Bundesbetreuungsagentur den Kurs der österreichischen Bundesregierung, indem er eine Petition unterstützt, die den Verbleib der Rechtsberatung bei den NGOs fordert“, zeigte FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky (Bild) Karas’ „Anti-Österreich-Politik“ auf.

### Beklemmendes Schweigen

„Bezeichnend ist das Schweigen von IG-GÖ-Chef Ümit Vural zu den antisemitischen und islamistischen Umtrieben in der illegalen Imam-Ali-Moschee“, erklärte der geschäftsführende FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus (Bild). Denn diese Moschee sei schon in der Vergangenheit mit Hasspredigten gegen Israel aufgefallen. So soll deren ehemaliger Imam den „Al Quds“-Tag in Wien mit den anti-israelischen Protesten organisiert haben. Das Schweigen Vurals zum radikalen Islamismus sei erschreckend, betonte Gudenus.



### Pflegedebatte eröffnet

Das Forum „PFLEGE.fit für die Zukunft“ von Sozialministerin Beate Hartinger-Klein, eine hochkarätige Informations- und Diskussionsveranstaltung, wertete der freiheitliche Seniorensprecher Werner Neubauer (Bild) als vollen Erfolg der Ministerin: „Das Forum war ein qualitativ hochwertiger Einstieg in die Pflegedebatte, an deren Ende eine umfassende Pflegereform stehen wird, mit der weder Pflegebedürftige noch Pflegenden sorgenvoll in die Zukunft blicken müssen.“ Das derzeitige System wird den heutigen Ansprüchen gerade noch gerecht, aber sicher nicht mit den sich zuspitzenden zukünftigen.



**BILD DER WOCHE** Herbert Kickl überraschte Ö3-Moderatorin Claudia Stöckl in der sonntägigen „Frühstücks“-Sendung mit einem besonderen Glücksbringer, einem Kreuz.

# „Keine neuen oder höheren Steuern, sondern eine nachhaltige Entlastung!“

Es soll eine nachhaltige Steuerentlastungsreform und keine Wahlzuckerl-Reform werden, die nach ein, zwei Jahren ausgelutscht ist. Mit diesem Versprechen ist die FPÖ in die Wahl 2017 gegangen, und FPÖ-Staatssekretär Hubert Fuchs ist der Garant dafür, dass es auch so kommt. Wie das ohne neue Steuern oder neue Schulden gehen soll, erläutert der Steuerrechtsexperte Fuchs im NFZ-Interview.

Mit Ihrem Anstoß zu einer Reform der ORF-Finanzierung haben Sie in ein Wespennest gestochen. Ist die ÖVP aber dazu bereit?

**Fuchs:** Eine grundlegende ORF-Reform ist notwendig, auch im Sinne des ORF, wie die sinkenden Zuseher-Quoten zeigen. Aber mir geht es grundsätzlich um die Finanzierung, für die Inhalte sind die ORF-Gremien verantwortlich. Die GIS-Gebühr ist nicht mehr zeitgemäß, deshalb mein Vorstoß zu einer längerfristig planbaren Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus dem Budget. Dänemark hat das bereits so umgestellt und durch ein Reformpaket zugleich 20 Prozent der Kosten bei ihrem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eingespart. In Österreich ist bei unserem Koalitionspartner ÖVP die Diskussion über die GIS-Gebühr noch im Lauf.

Sie sind jetzt seit Jänner mit Ihrer „Fairness Tour“ unterwegs, um die Österreicher auf die Steuerentlastungsreform einzustimmen. Welche Reaktionen erhalten Sie?

**Fuchs:** Die Bürger honorieren unseren Weg einer nachhaltigen und ehrlichen Steuerentlastung, die in mehreren Schritten umgesetzt wird. Denn von den „großen Würfeln“ vergangener Jahre ist nicht viel in ihren Geldbörsen gelandet, oder es wurde durch die zur Gegenfinanzierung erhöhten Steuern wieder aufgefrischt. Wir finanzieren unsere Steuerentlastung über das Sparen im System, eine neue Ausgaben-Disziplin und einen strengen Budgetvorrat. Dadurch können wir im Jahr 2020 in einem weiteren Schritt eine Senkung der Sozial-

versicherungsbeiträge für alle Geringverdiener durchführen.

Beim Thema Steuerentlastung darf das Stichwort Entbürokratisierung nicht fehlen. Was ist hier 2020 geplant?

**Fuchs:** Als ehemaliger Steuerberater bin ich stolz darauf, dass wir durch die Erhöhung des Werbungskostenpauschales von 132 auf 300 Euro rund 60.000 Arbeitnehmer entlasten, indem sie keine Arbeitnehmerveranlagung mehr machen müssen. Für Kleinunternehmer bis

35.000 Euro Jahresumsatz wird es eine großzügige Betriebsausgaben-Pauschalierung geben: 200.000 Unternehmer müssen künftig keine Steuererklärung mehr abgeben und er-

sparen sich so auch den Steuerberater. Diese Unternehmer müssen nur noch den Umsatz

an das Finanzamt melden. Pauschalierungen vereinfachen den Vollzug und

entlasten damit sowohl die Steuerpflichtigen als auch die Verwaltung.

Wo liegt Ihre Zielsetzung als Finanzstaatssekretär?

**Fuchs:** Mir ist es besonders wichtig, dass wir eine ehrliche Steuerentlastung für alle Bürger – Arbeitnehmer, Pensionisten und Unternehmer – umsetzen. Nicht eine, die mit der rechten Hand gibt und mit der linken Hand nimmt und den Menschen das Geld wieder aus der Tasche zieht, so wie das zuletzt unter einem sozialistischen Bundeskanzler bei der Steuerreform 2015/2016 der Fall war. Wir machen eine Steuerentlastungsreform ohne neue Steuern und ohne neue Schulden.

Welche nächsten Schritte werden nun gesetzt?

**Fuchs:** Wir wollen das gesamte Einkommensteuerrecht einschließlich der Lohnverrechnung durch eine Neukodifikation des Einkommensteuergesetzes massiv vereinfachen. Dieses soll am 1. Jänner 2021 in Kraft treten. Es wird auch zu einer Senkung der unteren Tarifstufen bei der Einkommensteuer kommen und dadurch zu einer weiteren massiven Entlastung der Bevölkerung. Im Jahr 2022 werden wir, wie versprochen, die kalte Progression mit Wirkung 2023 abschaffen und damit die Menschen dauerhaft entlasten. In der Endausbaustufe der Steuerentlastungsreform werden wir die Österreicher ab 2022 mit 4,5 Milliarden

Euro jährlich entlasten – inklusive der Vorleistungen sogar über sechs Milliarden Euro. Das kann sich wirklich sehen lassen.

„Von den ‚großen Würfeln‘ vergangener Jahre ist nicht viel in den Geldbörsen gelandet, oder es wurde durch die Gegenfinanzierungssteuern aufgefrischt.“



Thema der Woche

Damit den Steuerzahlern nach der Steuerreform 2016, wird im Folgejahr die

## Der Weg

Im April werden den Ste

Auf der Suche nach Entlastungsmöglichkeiten für die Österreicher schreckt FPÖ-Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs auch nicht vor der „heiligen Kuh“ Rundfunkgebühr zurück. Sechs Milliarden Euro Entlastung, gesichert durch die folgende Abschaffung der „kalten Progression“, sind das Ziel seiner Mission „Fairness für die Steuerzahler“.

Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs ist derzeit ein gefragter Mann, beackert er doch zwei wichtige Baustellen: die Umsetzung der Steuerentlastungsreform, für die er gleichzeitig auf Informations- und Erkundungstour durch Österreich unterwegs ist. „Wir verstecken uns nicht in Wien, sondern gehen hinaus zu den Bürgern. Aber nicht nur, um unsere Vorstellungen zu präsentieren, sondern auch, um uns Anregungen zu holen“, erläutert Fuchs im Gespräch mit der NFZ.

So ist vielen Geringverdienern gar nicht klar, dass sie aufgrund der niedrigen Steuerstufe weniger von der Steuerreform als viel mehr von der Senkung der Sozialversicherungsbeiträge profitieren. Denn die SV-Belastung des Arbeitnehmers



Steuerentlastungsreform länger mehr Netto vom Brutto bleibt als bei der letzten „Reform mit Gegenfinanzierungsmaßnahmen“ der rot-schwarzen Regierung. Im Zuge des Inkrafttretens (2023) auch die „kalte Progression“ abgeschafft.

# zur nachhaltigen Steuerentlastung

Die Steuerzahler erfahren die Details zur großen Steuerentlastungsreform der Koalition präsentiert

mit 1.500 Euro Bruttolohn ist mit 15,12 Prozent 4,4 Mal so hoch wie die Lohnsteuerbelastung mit 3,45 Prozent.

## Entlastung für alle

„Diesen Arbeitnehmer kann man durch eine Steuerreform nicht mehr entlasten, sondern nur durch eine Reduzierung der SV-Belastung“, betont Fuchs. Daher ist es nur fair und gerecht, wenn bereits ab dem 1. Jänner 2020 die geringverdienenden Arbeitnehmer, Pensionisten, Land-

und Forstwirte sowie Selbstständige durch eine Senkung der Krankenversicherungsbeiträge im Ausmaß von rund 700 Millionen Euro entlastet werden – und das ohne Leistungskürzungen! Denn der Beitragseinnahmen-Entfall wird der Sozialversicherung in vollem Umfang aus dem Budget ersetzt.

„Unsere Netto-Offensive ist eine ehrliche Steuerentlastung für alle Bürger, also Arbeitnehmer, Pensionisten und Unternehmer. Und nicht eine, die mit der rechten Hand gibt

und mit der linken Hand nimmt und den Menschen das Geld wieder aus der Tasche zieht wie die letzte Steuerreform 2015/2016 unter der SPÖ-geführten Regierung“, erläutert Fuchs – auch um zu erklären, dass dies nicht in einem Schnellschuss vollzogen werden kann, sondern klar durchkalkuliert, um dem Wahlversprechen der Freiheitlichen treu zu bleiben.

## Keine „Schummelreform“

Also: Keine neuen Steuern, um die Abgabenquote 2022 auf 40,4 Prozent zu senken. Keine neuen Schulden, um die Quote – gemessen am BIP – von derzeit 78,3 Prozent auf 61,9 Prozent 2022 zu senken. Und natürlich keine phantasiervollen Gegenfinanzierungsmaßnahmen wie die „Registrierkassenmilliarde“ bei der letzten rot-schwarzen Scheinreform.

Bis Ende 2020 plant die Koalition einen weiteren Schritt in Richtung Entbürokratisierung. Bei den Arbeitnehmern wird die Werbungskostenpauschale von derzeit 132 auf 300 Euro erhöht, wovon rund 60.000 Arbeitnehmer entlastet werden und keine Arbeitnehmerveranlagung mehr machen müssen, um sich dieses Geld vom Finanz-

amt zurückzuholen.

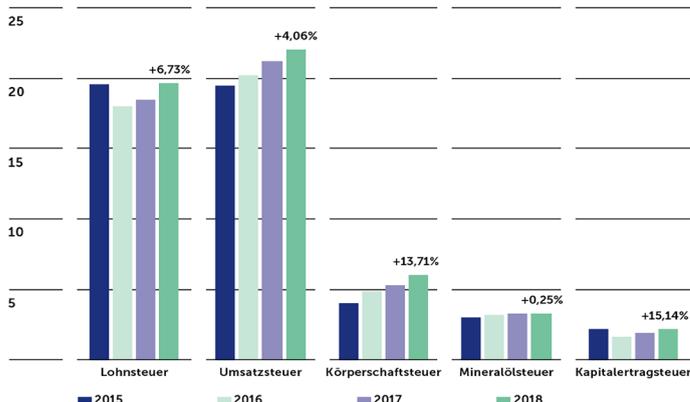
Für Kleinunternehmer bis 35.000 Euro Jahresumsatz wird es eine großzügige Betriebsausgaben-Pauschalierung geben, also die Grenze, ab der Umsatzsteuer in Rechnung gestellt werden muss, von 30.000 Euro auf 35.000 Euro erhöht. „Ich als ehemaliger Steuerberater bin stolz darauf, sagen zu können, dass künftig 200.000 Unternehmer keine Steuererklärung mehr abgeben müssen – und sich neben der Steuererklärung auch den Steuerberater sparen können, weil sie nur noch den Umsatz an das Finanzamt melden müssen“, erklärt der Finanzstaatssekretär.

In der Endausbaustufe der Steuerentlastungsreform werden die Österreicher ab 2022 mit 4,5 Milliarden Euro jährlich entlastet, zusätzlich zu den bereits umgesetzten Entlastungen wie Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge, der Senkung der Umsatzsteuer im Tourismus sowie dem Familienbonus Plus. Damit wären es in Summe sogar sechs Milliarden Euro jährliche Entlastung ab 2022.

Und zwar langfristig gesichert, da mit Wirkung für das Folgejahr 2023 auch die „kalte Progression“ abgeschafft wird.

## Die Steuereinnahmen sprudeln

– Abgaben Jänner bis September, in Mrd. Euro



Quelle: Agneta Austria

„Schummelreform 2016“: Die Wirkung der „Steuerreform“ der letzten rot-schwarzen Regierung ist im Vorjahr bereits verpufft.



HOHES  
HAUS

Norbert Nemeth  
Clubdirektor der FPÖ

Dieser Woche stehen zwei intensive Plenartage an. Unsere Sozialministerin stellt in einer vom Freiheitlichen Parlamentsklub verlangten aktuellen Stunde die Vorzüge der neuen Mindestsicherung dar. Auf der Tagesordnung steht auch eine Schulnovelle mit verbesserten Bestimmungen für die Deutschförderklassen.

## 2 ist weniger als 7,8

Auch über die Aufhebung der Immunität von unserem geschäftsführenden Klubobmann Johann Gudenus müssen die Abgeordneten entscheiden. Der Anlass könnte nicht lächerlicher sein: Er soll das „Ali-Video“ geteilt haben – Orwell schau oba.

Für Donnerstag hat Innenminister Herbert Kickl eine Erklärung in Zusammenhang mit dem Terroranschlag in Neuseeland angekündigt. Dabei wird sich weisen, ob die Strategie der Opposition, daraus einen Rechtsextremismus-Skandal zu kreieren, fortgesetzt wird.

Ärgerlich sind Falschmeldungen zum Parteiengesetz. „(...) die Parteienförderung wird (...) um zwei Prozent erhöht. Grundsätzlich hätte die Erhöhung auch stärker ausfallen können. Denn die bisherige gesetzliche Regelung hätte inflationsbedingt heuer auch ein Plus von 7,8 Prozent ermöglicht“, berichtete die APA.

Das ist irreführend, weil die Koalition die Parteiförderung senkt. Das Plus von 7,8 Prozent wäre nicht „möglich“, sondern gesetzlich zwingend gewesen. Anscheinend ist das Niveau des österreichischen Journalismus mittlerweile so tief, dass man in den Redaktionsstuben nicht einmal mehr die Grundrechnungsarten beherrscht. Zwei ist definitiv weniger als 7,8.

## PARTEIENFÖRDERUNG

### Parteienförderung gekürzt

Die Parteienförderung wird erstmals seit 2012 erhöht. Mit zwei Prozent wird das Plus allerdings deutlich niedriger ausfallen als nach geltender Gesetzeslage vorgesehen. ÖVP und FPÖ haben letzte Woche mit einem von ihnen eingebrachten und mit Mehrheit im Verfassungsausschuss beschlossenen Gesetzentwurf diese Einsparungen in Millionenhöhe bewirkt. Zudem wurde für die EU-Wahl ein Wahlkampfkostendeckel von 7,14 Millionen Euro beschlossen.



## VERWALTUNGSGERICHT

### Mehr Flexibilität

Der Verfassungsausschuss hat einen Antrag der Koalitionsparteien angenommen, mit dem der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) bei Stellenausschreibungen Planstellen für Richter in Hinkunft möglichst sechs Monate vor, spätestens jedoch drei Monate nach Freiwerden ausschreiben muss.

# Ablenkung von eigenen islamistischen Wurzeln?

## Agiert IGGÖ-Chef Vural in Abstimmung mit Moslembroderschaft?

Als Ablenkungsmanöver bezeichnete FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker die Anzeige des Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft, Ümit Vural, gegen HC Strache.

Vural hatte im Namen der Islamischen Glaubensgemeinschaft Vizekanzler HC Strache angezeigt, weil dieser bei einer Veranstaltung davon gesprochen habe, dass in Wiener islamischen Kindergärten „Kinder zu Märtyrern erzogen werden“ sollen.

### „Diskutieren“ mit Islamisten

Hafenecker erinnerte daran, dass Vural im Jänner an einer mehrtägigen Konferenz in der Kölner Zentralmoschee teilgenommen habe, unter deren Gästen führende Köpfe



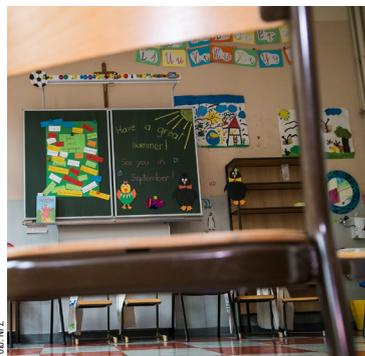
Ankara ruft, und die Moslembroderschaft (r.) marschiert für den Islam.

der europäischen Moslembroderschaft anwesend waren. „Dass man ausgerechnet mit jenen Kräften die Zukunft des Islam in Europa erörtert, die als Ziel eine unter einem

Kalifat geeinte ideale islamische Weltgemeinschaft – die „Herrschaft Gottes in der ganzen Welt“ - errichten wolle“, wunderte sich Hafenecker über Vurals „Freunde“.

# RH: Noch immer zu viele Schulversuche

Im vom Rechnungshof überprüften Schuljahr 2017/2018 gab es laut Bericht in Österreich 1.420 Schulversuche, im Schuljahr



2012/13 waren es noch 5.351 an der Zahl. Immer noch zu viele, wie Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker dem zuständigen Ausschuss des Nationalrates erklärte.

Außerdem wären für die erstmalige Genehmigung von Schulversuchen einheitliche Vorgaben wünschenswert, um der Vollzugspraxis eine taugliche Evaluierungsgrundlage zu ermöglichen. Insgesamt seien in diesem Bereich von der rot-schwarzen Vorgängerregierung von 14 überprüften Empfehlungen nur fünf vollständig, drei teilweise und sechs gar nicht umgesetzt worden, kritisierte Kraker.

Auf Anfrage des FPÖ-Abgeordneten Peter Gerstner über Bestrebungen im Ministerium zur Verringerung der Schulversuche erklärte Bildungsminister Heinz Faßmann, dass es ihm weniger um eine allgemeine Reduktion der Schulversuche gehe, sondern eher um die Frage der jeweiligen Sinnhaftigkeit. Mittlerweile sei eine Bündelung der Administration der Schulversuche im Bildungsministerium erfolgt, betonte Faßmann. Zur Empfehlung des Rechnungshofs, den Ethikunterricht ins Regelschulwesen zu übernehmen, verwies er auf den letztwöchigen Beschluss dazu.

# Imagekampagne für die Pflegeberufe

## FPÖ-Sozialministerin reagiert auf WIFO-Studie über stark steigenden Pflegekräftebedarf

**S**ozialministerin Beate Hartinger-Klein will sich die vom Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) veröffentlichten Zahlen zum Bedarf an Pflegekräften genau ansehen: „Derzeit haben wir noch genug Kräfte. Aber wir müssen mehr Menschen in die Pflegeberufe bringen.“

Das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) hat bis 2030 einen zusätzlichen Bedarf an Pflegekräften von rund 24.000 Stellen prognostiziert. Bis zum Jahr 2050 schätzt das Institut den Mehrbedarf sogar auf knapp 80.000 Kräfte, bedingt durch den demographischen Wandel, sprich der Alterung der Gesellschaft.

Klar sei, dass aufgrund der demographischen Entwicklung der Bedarf ein größerer sein werde, bemerkte Hartinger-Klein zu der WIFO-Studie. Derzeit habe man noch genug Kräfte. Mit dem Berufsraster für Gesundheits- und Krankenpflegeberufe habe man auch ein Instrument, mit dem man wisse, wie viele Kräfte etwa in Ausbildung sind. Sie habe auch das AMS

gebeten, dort einzumelden. Aber die Sozialministerin will noch mehr: „Ich beabsichtige, mit einer Imagekampagne das Interesse am Pflegeberuf zu wecken und Interessenten für eine einschlägige Ausbildung zu gewinnen.“

### Regierung setzt Akzente

Es müssten zudem Maßnahmen entwickelt werden, die die Lebens- und Arbeitsumstände von Pflegepersonen nachhaltig verbessern, betonte die FPÖ-Sozialministerin. Dem stimmen Bildungsexperten aus dem Pflegebereich zu. Ein kritischer Punkt sei die nach wie vor geringe Bezahlung, aber auch die mangelnde gesellschaftliche Anerkennung für diese Dienste.

„Der Pflege-Masterplan der Bun-



Foto: BMAS/SPS/Stein Echwiler

Sozialministerin Hartinger-Klein will Pflegeberufe attraktiver machen.

desregierung sieht Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf vor. Die Pflegekarenz ist eben eines solcher Mittel dafür. Deswegen ist heuer auch eine Evaluierung der Pflegekarenz und -teilzeit vorgesehen“, erinnerte die So-

zialministerin an die Vorhaben der Bundesregierung dazu. Immerhin steigt der Andrang in die Pflegeausbildung wie etwa an der Fachhochschule Vorarlberg: Für das Studienjahr 2019/20 werde die Zahl der Studienplätze verdoppelt.



Freiheitliches  
Bildungsinstitut

### Politische Bildung aktuell

Partei  Regierung  Parlament  EU

Am 26. Mai 2019 findet in Österreich die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Sollte der Brexit des Vereinigten Königreichs rechtzeitig über die Bühne gehen, dann werden in Österreich dabei 19 der insgesamt 705 Mandate vergeben. Aus Anlass dieser Europawahl werden die wichtigsten EU-Institutionen in den nächsten Wochen hier erklärt.

## Der Europäische Rat

Der Europäische Rat ist das Gremium der gewählten Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten, der die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten der Union festlegt und nicht mit dem Rat der Europäischen Union verwechselt werden darf. Er ist damit die höchste Ebene der politischen Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten. Ihm sitzt ein Präsident vor, der die EU nach außen hin vertritt.



Obwohl er sich mit komplexen Themen befasst, die auf einer niedrigeren Ebene der EU oder im Rahmen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit nicht geklärt werden können, ist er im Gegensatz zum Rat der Europäischen Union nicht an der alltäglichen Rechtsetzung beteiligt.

Auch die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird im Europäischen Rat definiert. Er ernannt wichtige Führungsfunktionen wie die Präsidenten der Kommission und der Europäischen Zentralbank oder auch den Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik.

Der Europäische Rat entscheidet grundsätzlich im Konsens und damit ohne ausdrückliche Gegenstimme. Erst mit Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) 1987 ging man in vielen Bereichen vom Konsenserfordernis ab und führte die Möglichkeit der Mehrheitsentscheidung ein.

Davon unberührt blieben bisher noch die sensiblen Bereiche der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die EU-Mitgliedschaften, die EU-Finzen und die Harmonisierung nationaler Rechtsvorschriften über indirekte Besteuerung. Auch gewichtige Vorhaben in den Bereichen Justiz und Inneres (die Europäische Staatsanwaltschaft als Beispiel) sowie Soziales bleiben bisher ausgeklammert. Das Konsenserfordernis ist vor allem für kleine Staaten wie Österreich wichtig, um gehört zu werden.

Es ist daher bedenklich, dass es von Seiten der „Pro-Europäer“ immer mehr unter Beschuss kommt.

**FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.**



Harald Vilimsky

## Ceuta: Ein Zaun als Symbol

Ceuta ist eine spanische Enklave in Marokko. Diese Woche habe ich mich gemeinsam mit dem Wiener Vizebürgermeister Dominik Nepp dort direkt über den Schutz der EU-Außengrenze informiert. Bekannt, oder besser berüchtigt ist Ceuta dafür, dass Migranten immer wieder versuchen, die Grenzanlagen zu stürmen und sich so gewaltsam Zugang zur EU zu verschaffen. Ein sechs Meter hoher Zaun soll sie davon abhalten, auf EU-Gebiet vorzudringen. Denn er trennt hier Afrika von Europa.

Laut der spanischen Guardia Civil warten zwischen 60.000 und 80.000 Afrikaner in Marokko auf eine Gelegenheit, diesen Zaun zu überwinden und in der EU einen Asylantrag zu stellen. Im vergangenen Sommer haben hunderte gewaltbereite Migranten die Grenze gestürmt und spanische Beamte mit selbstgebauten Flammenwerfern attackiert. Ohne Sperranlagen wäre die EU-Außengrenze nicht zu schützen und der Ansturm nicht aufzuhalten.

Immer wieder werden die Spanier dafür kritisiert. Dabei tun sie genau das, was viele EU-Politiker sonst in Sonntagsreden fordern: Sie nehmen den Grenzschutz ernst und verhindern die illegale Migration in die EU. Der Zaun von Ceuta ist das Symbol dafür, dass wir Europäer unsere Grenzen schützen. Illegale Migranten müssen wissen: Hier gibt es kein Durchkommen. Es geht nicht anders, wenn Europa sich und den Schutz seiner Außengrenzen tatsächlich ernst nimmt.

## Berlin: Türkisch-arabische Jungmänner-„Rituale“

Am Donnerstag Nachmittag vergangener Woche formierten sich an die 400 junge Männer auf dem Berliner Alexanderplatz zu einer Strassenschlacht. Alle Medien berichteten lediglich von ein//em „Streit unter Youtubern“, also Möchtegern-Musikern, die ihre Anhänger über die Videoplattform mit ihrem „Gangsta-Rap“ beglücken. Wer sich die im Internet kursierenden Aufnahmen angesehen hat, entdeckt keine kreischenden Kinder oder Jugendlichen, sondern vor allem erwachsene, durchtrainierte Männer mit ausschließlich arabischen beziehungsweise türkischen Wurzeln.

Die Polizei musste eine Hundertschaft einsetzen, die ein paar Stunden brauchte, um die Randalierer vom Platz und vom angrenzenden Bahnhofsgelände zu entfernen. Dabei hatte sich diese gewalttätige Auseinandersetzung schon angekündigt. „Wir Kanacken klären das nicht mit Anzeige“, verkündete einer der beiden „Youtuber“ schon vorher per Video.

Wer beim Alexanderplatz-Zusammentreffen dabei war, beschrieb einer der Festgenommenen gegenüber einem Polizisten, der dies der „Berliner Zeitung“ so zitierte: „Ich arbeite nicht, habe zwei Handys, 190-Euro-Schuhe, eine Prada-Hose und das alles nur mit Drogenverkaufen.“ Und es ist nicht das erste Mal: Schon seit Jahren tragen Jungmänner aus Syrien, dem Irak und Afghanistan auf dem Platz ihre Revierkämpfe um Drogen, Prostitution und Menschenhandel offen aus.



Berlins neue „Straßenszene“.

# „Sichere Grenzen h herein, der kein Re

Harald Vilimsky, FPÖ-Spitzenkandidat für die EU-W



FPÖ-Spitzenkandidat Harald Vilimsky (im Bild rechts) fordert eine Sicherung der EU-Außengrenze nach dem australischen „No Way“-Modell. Wie das funktionieren könnte, zeigt sich in der spanischen Exklave Ceuta in Marokko, die Vilimsky mit Wiens Vizebürgermeister Dominik Nepp besuchte.

Die Migrationszahlen sind zurückgegangen, aber Sie treten für weitere restriktive Maßnahmen auf EU-Ebene ein. Warum?

**Vilimsky:** Ja, im Vergleich zum Chaosjahr 2015 sind die Zahlen tatsächlich zurückgegangen. 2018 hatten wir in der EU rund 638.000 Asylanträge. Das ist immer noch gewaltig, vergleicht man das mit den Werten vor der sogenannten „Flüchtlingskrise“. Von 2008 bis 2012 lag der Schnitt pro Jahr bei rund 280.000. Wir haben also immer noch weit mehr als doppelt so viele Asylanträge wie vor der Krise.

Erwarten Sie, dass sich ein Einwandereransturm wie 2015 wiederholen könnte?

**Vilimsky:** Dafür muss man kein Prophet sein: Die große Herausforderung ist Afrika, dessen Bevölkerung sich bis 2050 verdoppeln wird. Dann leben dort mehr als 2,5 Milliarden Menschen, das

sind dreieinhalb Mal so viele wie in Europa. Ein Bericht der UNO stellte schon vor längerem fest, dass alle Länder Afrikas pro Tag an die 55.000 Arbeitsplätze schaffen müssten, um diese rapid ansteigende Bevölkerung zu absorbieren. Das ist natürlich ein Ding der Unmöglichkeit. Daher versuchen viele Jugendliche, ihr Glück in Europa zu finden.

Was soll die EU Ihrer Meinung nach tun?

**Vilimsky:** Zunächst ist da einmal die bestehende rechtliche Situation: Wer es an die EU-Außengrenze schafft und das Zauberwort „Asyl“ ausspricht, muss eingelassen werden. Und selbst wenn sich am Ende des Verfahrens herausstellt, dass keinerlei Schutzgrund besteht, bleibt das Gros in Europa, weil Abschiebungen aus verschiedensten Gründen kaum möglich sind.

Wie viele Personen unter den

# eißt: Es darf keiner recht darauf hat!“

Wahl, im NFZ-Interview zu Asyl und Migration



stets als „Flüchtlingen“ beschrieben sind Ihrer Meinung nach denn schutzbedürftig?

**Vilimsky:** Das ist keine Frage meiner Meinung, sondern eine der Fakten: Von 2014 bis 2018 wurden in der EU 4,6 Millionen Asylanträge gestellt. Das entspricht ungefähr der Bevölkerung des EU-Mitglieds Irland. Im selben Zeitraum wurden in der Europäischen Union 3,5 Millionen Asylentscheidungen gefällt. Knapp mehr als 50 Prozent davon gingen negativ aus. Das heißt: Selbst nach den ohnehin großzügigen Regeln in den EU-Ländern haben diese Personen kein Bleiberecht in Europa.

Die EU will die Grenzschutzagentur Frontex personell aufstocken. Reicht Ihnen das nicht?

**Vilimsky:** Wenn die EU von sicheren Grenzen spricht, meint sie damit etwas anderes als wir. Ich verstehe sichere Grenzen so, dass keiner durchkommt, der kein Recht

dazu hat. Die EU dagegen verkauft „sichere Grenzen“ so, dass nur sicher gestellt ist, dass Migranten registriert werden. Aber hereingelassen werden sie natürlich trotzdem. Ich glaube kaum, dass die EU-Bürger diese Auffassung der Kommission zu „sicheren Grenzen“ teilen. Das Einzige was hilft, ist eine konsequente Umsetzung des australischen Wegs: ‚No Way!‘ Illegale Migranten müssen wissen, dass sie keine Chance haben, nach Europa zu kommen. Generell muss das Ziel europäischer Flüchtlingspolitik daher sein, Flüchtlinge in der Region, möglichst nahe an ihrem Herkunftsland zu halten, um ihre Rückkehr zu erleichtern. Dort kann und soll die Union helfen. Vor allem können mit demselben Aufwand auch viel mehr Menschen versorgt werden, als wir das in Europa täten.

Ein weiterer Aspekt sind die EU-Binnengrenzen, wo ja die Kon-

## KURZ UND BÜNDIG



### Nächster Erfolg Salvinis

Matteo Salvinis Lega Nord und ihre Mitte-rechts-Allianz eilt bei den Regionalwahlen von Sieg zu Sieg. Letztes Wochenende in der süditalienischen Region Basilikata. Mit 42 Prozent ging nun in der Basilikata der von der Lega, der Forza Italia um Ex-Premier Silvio Berlusconi und der Partei Fratelli d'Italia unterstützte Kandidat Vito Bardi als klarer Wahlsieger hervor. Der Mitte-links-Bewerber Carlo Trerotola musste sich mit 33 Prozent der Stimmen begnügen, der Kandidat der Koalitionspartner, der Fünf-Sterne-Bewegung, erreichte mit knapp 20 Prozent der Stimmen Platz drei.

### Enttäuschte Trump-Kritiker

Fast zwei Jahre lang hat die Untersuchung von FBI-Sonderermittler Robert Mueller Amerika in Atem gehalten und die Phantasie der Journalisten beflügelt. Beinahe stündlich rechneten sie mit einem Amtsenthebungsverfahren gegen US-Präsident Donald Trump. Jetzt sind die Träume vom „kürzest amtierenden US-Präsidenten“ geplatzt. Der Bericht, den Mueller jetzt vorgelegt hat, enthält keine Ansatzpunkte für eine rechtskräftige Klage gegen Trump, geschweige solche für ein Amtsenthebungsverfahren.



trollen durch das Schengen-Abkommen weggefallen sind.

**Vilimsky:** Mit Schengen hat man uns versprochen, dass die Grenzkontrollen zwischen EU-Ländern wegfallen, weil die Außengrenzen geschützt werden. Ersteres haben wir gemacht, letzteres nie bekommen. Das Ergebnis ist sogenannte Sekundärmigration: Asylanten wandern in die Länder mit den höchsten Sozialstandards. Man muss daher nachdenken, wie man einen neuerlichen Massenansturm wie 2015 verhindern kann – und wenn es nicht geht, dann eine Schließung der EU-Binnengrenzen.

Im Zusammenhang mit der Reaktion auf die Migrationskrise ist viel von der Spaltung Europas die Rede. Worin besteht diese Ihrer Meinung nach?

**Vilimsky:** Die deutsche Kanzlerin hat mit ihrer Entscheidung, 2015 die Grenzen zu öffnen, die Krise zwar nicht unmittelbar ausgelöst, aber in einer Art und Weise eskaliert, dass zahlreiche Länder die Folgen massiv zu spüren bekommen haben. Dann kam der Streit, dass die Menschen, die man unter Rechtsbruch eingelassen hatte, nun verteilt werden sollten. Was in einigen Ländern, völlig zu recht, auf Unverständnis und Ablehnung stieß, insbesondere, als das eine

dauerhafte Zwangsverteilung werden sollte. Dazu die Mär bar jeder Realität, dass hier lauter gut ausgebildete Menschen kommen. Gleichzeitig wurde offensichtlich, welche Probleme man sich eingehandelt hatte: Es kam zu einer beispiellosen Serie von Terroranschlägen, häufig begangen von Tätern, die vorgaben, Schutz suchen zu wollen.

Aber „rechte“ oder „populistische“ Parteien haben – nach Brüsseler Deutung – doch davon profitiert?

**Vilimsky:** Der Aufschwung, den solche Parteien in vielen Ländern haben, ist natürlich auch eine Folge der Migrationskrise. Wenn hier bei einem objektiv und subjektiv dermaßen wichtigen Thema so offensichtlich versagt wird, dann schauen sich die Menschen eben nach Alternativen um. Dass jetzt der Narrativ gestrickt wird, wonach die „Rechten“ oder die „Populisten“ schuld an der Spaltung Europas wären, ist schlicht und einfach falsch und Teil einer politischen Strategie jener, die nun um Machtverlust fürchten. Für Spaltung sorgen jene, die die Masseneinwanderung möglich machen oder gar fördern. Der Aufschwung der Rechten ist nicht die Ursache, sondern die Folge dieser verantwortungslosen Politik.

## TERMINE

**31** Ortsparteitag  
der FPÖ Raab

Die FPÖ Raab lädt am Sonntag, dem 31. März 2019, zum Ortsparteitag ins „Smokers“ (ehem. Kino Raab, Pausinger Str. 2, 4760 Raab). Beginn: 10.30 Uhr.

**2** Bezirksteilstamm-  
tisch Stadlau

Die FPÖ Donaustadt lädt am Dienstag, dem 2. April 2019, zum Bezirksteilstammtisch Stadlau ins Gasthaus Selitsch (Konstanziagasse 17, 1200 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

**3** Stammtisch der  
FPÖ Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Mittwoch, dem 3. April 2019, zum Stammtisch mit Landtagsabgeordnetem und Gesundheitssprecher Wolfgang Seidl ins Gasthaus „Auszeitüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

**3** Bezirksteilstamm-  
tisch Kaisermühlen

Die FPÖ Donaustadt lädt am Mittwoch, dem 3. April 2019, zum Bezirksteilstammtisch Kaisermühlen ins Gasthaus „Vorstadtwirt“ (Schüttaustraße 64, 1200 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

**4** Seniorenstamm-  
tisch in Meidling

Die FPÖ Meidling lädt am Donnerstag, dem 4. April 2019, zum Seniorenstammtisch mit FPÖ-Bezirksrätin Elisabeth Bäcker ins Restaurant „Bierstöckl“ im Areal Schloss Hetzendorf (Hetzendorferstraße 79, 1120 Wien). Beginn: 15.00 Uhr.

**4** Sprechstunde im  
„Blauen Bus“

Die FPÖ Favoriten lädt am Donnerstag, dem 4. April 2019, zur Sprechstunde im „Blauen Bus“ bei der U1-Station Alaudagasse/Hanssonzentrum, 1100 Wien. Beginn: 17.00 Uhr.

## LESER AM WORT



## Angst vor ORF-Reform?

Warum soll man nicht über die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nachdenken und diese auch ändern wollen? Auch der dänische staatliche Fernsehsender wurde erfolgreich neu organisiert und finanziell auf neue Beine gestellt. Nachdenken, und nicht gleich alles ablehnen. Natürlich wollen die Länder nicht auf ihr „Kulturkörpergeld“ verzichten, das so bequem mit einkassiert wird. In einer freien Welt braucht es auch freien Rundfunk/Fernsehen, und das geht mit einer unabhängigen Berichterstattung am besten, bei einem Finanzrahmen für mehrere Jahre. Also keine Sorgen von Links, nur Mut!

Werner Dworschak, Eisenstadt



## Überflüssiger Zuruf

Bundespräsident Alexander Van der Bellen fügt sich nahtlos in die Reihe der Österreich-Rufschädiger Klestil und Fischer ein. Die Europäer müssen nicht nach der Pfeife von

US-Präsident Donald Trump tanzen, mahnte VdB und forderte Widerstand gegen die Politik seines Amtskollegen. Seine persönliche Meinung über Medien zu äußern, ist nicht sehr diplomatisch, aber wie man weiß: Bellende Hunde beißen nicht!

J.G. Ehrenreich, Wien

## Koalition zeigt, wie's geht

Ausufernde, fast nicht mehr leistbare Sozialleistungen im sogenannten reichen Norden der EU in den letzten Jahren, auf staatliches Gehalt reduzierter Sozialismus ohne Gegenleistung, verbunden mit stetig steigenden Sicherheitskosten. In erster Linie müsste doch in allen EU-Ländern für etwa gleiche soziale Standards und Löhne gesorgt werden, denn auch östlichen Staaten brauchen ihre Fachkräfte wie einen Bissen Brot. Alles andere ist reine Freizügigkeits-Vernebelungstaktik ohne Nachhaltigkeit, so wird die EU samt Euro nie gesund. Österreichs Bundesregierung hat die Zeichen der Zeit erkannt, steuert mit klaren Konturen über Reformen ohne uferlose Schuldenmacherei entgegen und sorgt somit auch für schlechtere Zeiten vor.

Alois Neudorfer, Vöcklabruck

## Briten haben's besser

Der Brexit kommt wie das Amen in der Kirche. Die Briten pokern noch etwas, um Zeit zu gewinnen,

um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Sie sind zu beneiden, werden doch nach dem EU-Austritt neue Wirtschaftsbeziehungen mit den USA, Russland und China möglich. Österreich hat sich, wie viele andere Länder, in der EU verfangen und kann nur noch tatenlos zusehen, wie Europa langsam aber sicher den Bach hinuntergeht.

Ernst Pitlik, Wien



## Einfache Lösung?

EU-Fanatiker fordern ein neues Handelsabkommen mit den USA und begründen das mit angeblich immensen Zollunterschieden. Ganz schlimm ist der Unterschied bei Autos. Während die USA 2,5 Prozent Zoll einhebt, verlangt die EU 10 Prozent. Gibt es da nicht eine einfache Lösung, wie die Angleichung der Zollsätze ohne Schiedsgerichte und eine völlige Vormachtstellung der Großkonzerne?

Stephan Pestitschek, Strasshof

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue  
**Freie**  
Zeitung

## BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
Tel: 01 512 35 35 - 29, Fax: 01 512 35 35 - 9  
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,-       Jahrespreis € 30,-       Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-  
 Auslandsjahresbezug € 73,-       Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450  
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: \_\_\_\_\_ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe\*: \_\_\_\_\_  
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: \_\_\_\_\_  
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: \_\_\_\_\_ Geburtsdatum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt\*\*.

\* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

\*\* Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



# Schluss mit „Wien-Bonus“ für Wohnungsspekulanten!

## FPÖ kritisiert SPÖ für Sozialwohnungsverkäufe an „Privatinvestoren“

Ein bedenklicher „Wien-Bonus“ existiert, und zwar für spekulative Investoren, die sich Zutritt in den gemeinnützigen Wohnbau verschaffen wollen“, kritisierte Johann Gudenus die Untätigkeit der Genossen zu den „Umwidmungen“ von Wohnbauträgern.

„Es besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den Skandalen Heumarkt, Buntes Wohnen und WBV-GFW“, skizzierte Wiens geschäftsführender Landesparteiobmann Johann Gudenus eine Linie spekulativer Interessen und sieht diese durch einen offiziellen Prüfbericht bestätigt.

### Roter Endlos-Skandalreigen

Es sei unerklärlich, warum SPÖ-Wohnbaustadträtin Kathrin Gaal angesichts von Zweifeln des Revisionsverbandes an der Zuverlässigkeit des Tojner-Vertrauten Franz Guggenberger keine Hand-



Gudenus und Schrangl: SPÖ „privatisiert“ sozialen Wohnbau.

lungen setze, empörte sich Gudenus und erinnerte an Guggenbergers Rolle in den „Causen Gesfö und Riedenhof“.

„Wer den Skandal um die BWSG und Ex-Eisenbahnergewerkschafter Wilhelm Haberzettl genauer analysiert, der kommt zwangsläufig zum Schluss, dass verkrustete rote Strukturen innerhalb der Wohnungsgemeinnützigkeit aufgebrochen werden müssen“, betonte

Gudenus unter Verweis auf die dramatischen Entwicklungen in der Wohnungssituation der Bundeshauptstadt.

Das betreffe auch Wiens SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig, denn schließlich sei dieser Skandalreigen unter seiner Ägide als Wohnbaustadtrat erst losgegangen, erinnerte Gudenus und forderte einen unabhängigen Experten als Wohnbaustadtrat.

# SPÖ will 180 Senioren „absiedeln“

Unglaubliche Aufregung herrscht bei den 180 Senioren im Haus an der Türkenschanze in Wien-Währing: Denn diese sollen wegen der Errichtung einer Pflege- und Bettenstation für erkrankte Bewohner in etwa 15 Monaten ihre gewohnte Wohnung verlassen und „absiedelt“ werden, kritisierte FPÖ-Bezirksobmann Udo Guggenbichler das „herzlose Vorgehen“ der Stadt Wien.

Denn an diesem Standort sollen 144 Pflegeplätze- und eine Bettenstation für erkrankte Senioren geschaffen werden. „Diese Mitteilung erging kürzlich an die Bewohner des Seniorenheims, ohne Rücksicht auf gewachsene soziale

Strukturen sollen die Senioren aus ihrer gewohnten Umgebung entfernt werden“, berichtete Währings FPÖ-Klubobmann Georg Köckeis. Dazu wurde letzte Woche auch noch ein Zutrittsverbot für Journalisten in das Wohnheim erlassen, die darüber berichten wollten.

„Wir Währinger Freiheitlichen fordern eine Befragung sämtlicher Bewohner des Hauses an der Türkenschanze, ob sie mit der geplanten Absiedelung einverstanden sind“, erklärte Guggenbichler. Sollte es keine Mehrheit für die Initiative der Stadt geben, dann sollte das geplante „Projekt Pflegestation“ gestoppt und ad acta gelegt werden, forderte Guggenbichler.



Guggenbichler: SPÖ will 180 Senioren ungefragt „absiedeln“.

## WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Satiriker haben's schwer. Sie müssen immer auf dem Laufenden sein, und da kann's passieren, dass sie ein Programm vorbereitet haben, das eine Stunde vor der Vorstellung total unaktuell geworden ist.

### Was gibt es Neues?

Einem Spaziergänger geht's nicht besser. Vor Drucklegung etwa haben Frau Rendi und Herr Hacker, ein besonderer Sympathieträger, großspurig diverse Aktionen angekündigt, aber jetzt ist plötzlich alles anders.

Da steht er dann da, der Spaziergänger. Die vorgesehene Erzählung, die noch vor sechzig Minuten aktuell war, ist durch ein gegenüber vorher weitaus absurderes Parteitheater der Roten, Grünen, Neos und Pilzlinge um Längen übertroffen.

Was haben die einschlägigen Herrschaften Neues ausgeheckt? Eine Blaskapelle zum Empfang für jeden in die „Heimat“ zurückkommenden IS-Kämpfer? Eine Villa in Sievering? Ein Daueraubonnement fürs Burgtheater? Ein tägliches Menü im Steirereck?

Ich weiß, dass ich nichts weiß, hat schon der gute alte Sokrates gesagt. So geht's auch mir. Bevor mich der NFZ-Chefredakteur wegen mangelnder Zeitnähe hinaus-schmeißt, verweise ich also auf den griechischen Philosophen. Und lasse unfreiwillig meine Leser mit der nächsten ZIB allein.

TIROL 

**Spendenübergabe**

Nachdem die „Roten Nasen“ die Spendeneinnahmen beim diesjährigen Faschingsdienstag-Spektakel der FPÖ abgelehnt haben, überbrachten FPÖ-Landesparteiobmann Markus Abwerzger und Innsbrucks FPÖ-Stadtparteiobmann Rudi Federspiel die 2.065,10 Euro der Bruderschaft St. Christoph/Arberg. „Uns ist es wichtig, dass die Spende hilfsbedürftigen Tiroler Familien zu Gute kommt, dafür setzt sich die Bruderschaft seit Jahrzehnten ein“, erklärt Abwerzger bei der Übergabe an Gerda und Adi Werner in der Kapelle des Hospizes.

OBERÖSTERREICH 

**Schulfrei für Demos?**

Mit Kopfschütteln reagierte der geschäftsführende Bundesobmann der Freiheitlichen Jugend, Michael Raml, auf die Forderungen der Sozialistischen Jugend (SJ) nach zusätzlich zwei freien Schultagen pro Jahr für Schüler ab 16 Jahren „fürs Demonstrieren“. „Die SJ zeigt mit dieser Forderung nur ihr eigenes Problem mit Schule und Bildung auf.“



Michael Raml

Foto: Parlamentarische Stimmzettel

KÄRNTEN 

**Absurdes Wald-Projekt**

Das in der Kärntner Bevölkerung heftig umstrittene Kunstprojekt „Wald im Stadion“ ist um eine weitere absurde Facette reicher. Darauf wies der Kärntner FPÖ-Klubobmann Gernot Darmann hin. Denn wie mittlerweile bekannt wurde, werden die Bäume für das sogenannte Kunstwerk aus Italien, Holland und Deutschland angeliefert. „Besonders seltsam muten diese Pläne vor dem Hintergrund an, dass als Intention des Projektes von dessen Befürwortern immer wieder umweltpolitische Aspekte wie die Wichtigkeit des Waldes und seine Bedrohung durch die Menschen ins Treffen geführt werden“, wunderte sich Darmann und verwies darauf, dass Kärnten neben der Steiermark das am stärksten bewaldete Bundesland Österreichs sei: „Eine verantwortungslose Steuergeldverschwendung von SPÖ und ÖVP.“

# AK-Wahlreform nach skandalöser Pleiten-, Pech- und Pannenserie!

## FPÖ Oberösterreich fordert Reform des Arbeiterkammer-Wahlrechts

**Tausende fehlende Stimmzettel, mangelhafte Kleber bei Rücksendekuverts, das Einsammeln von Stimmzetteln durch Betriebsräte und illegale Adressenweitergabe an die SPÖ machen eine Reform unumgänglich.**

Für den Landespartei sekretär der FPÖ Oberösterreich, Erwin Schreiner, zeigte die Serie an Pleiten, Pech und Pannen bei der derzeit laufenden Arbeiterkammerwahl in Oberösterreich auf, dass im Arbeiterkammer-Wahlrecht dringende Reformen nötig sind: „Es muss garantiert sein, dass jeder Stimmberechtigte frei und geheim seine Stimme abgeben kann. Denn das ist die höchste Errungenschaft in unserer Demokratie.“

**SPÖ ohne jeden Genierer**

Nach tausenden fehlenden Stimmzetteln, mangelhaftem Kleber bei den Rücksendekuverts,

OBERÖSTERREICH 



FA-Spitzenkandidat Knoll: AK schweigt zu Skandalserie bei AK-Wahl.

dem Einsammeln von Stimmzetteln durch Betriebsräte oder mangelhaften Wählerlisten kam auch noch ein Datenschutzskandal, zeigte FA-Spitzenkandidat Gerhard Knoll auf: Alle AK-Wähler bekamen jüngst von der SPÖ persönlich

adressierte Schreiben, in denen zur Wahl der FSG aufgerufen wurde. Trotz Aufforderung der Freiheitlichen, hat sich AK-Präsident Johann Kalliauer bisher nicht dazu geäußert oder Konsequenzen nach diesen Skandalen angekündigt.

NIEDERÖSTERREICH 

# AK bevorzugt Ausländer

„Von der niederösterreichischen Arbeiterkammer werden neben türkischen Druckwerken offensichtlich auch Lügen mit den Zwangsbeiträgen der Arbeiter und Angestellten finanziert“, zeigte der geschäftsführende Landespartei- und Klubobmann Udo Landbauer auf.



Landbauer kritisiert AK-Engagement für Ausländer.

Die AK hatte das zwar „energisch dementiert“, aber Landbauer präsentierte zwei offizielle Druckwerke in türkischer Sprache, die den Freiheitlichen vorliegen, und neben dem Logo der AK NÖ werde diese im Impressum auch offiziell als Eigentümer, Herausgeber und Verleger angeführt. Ebenso liegt den Freiheitlichen das Vorhaben für mehr „Dolmetsch-Angebote für Türkisch, Kurdisch, Arabisch, Farsi und Dari in allen Krankenhäusern“ vor. „Der Antrag wurde mit den Stimmen von roten und schwarzen Kammerräten mehrheitlich dem Vorstand zugewiesen. Nur weil jetzt Wahlen stattfinden, dementiert die rote Kammer die Vorwürfe und will sich an nichts mehr erinnern. Das ist Wählertäuschung auf höchstem Niveau“, empörte sich Landbauer. Diese Art der Gesellschaftspolitik habe nichts mit Arbeitnehmervertretung zu tun, die eigentlich oberste Priorität der Interessensvertretung sein müsste.

TIROL 



## Druck der FPÖ zeigte Wirkung

Die Tiroler Freiheitlichen freuen sich über die Zusage aus dem Bildungsministerium zur Eröffnung der IT-HTL in Reutte im Herbst 2020 – nachdem zuerst von einer unerfreulichen Verschiebung auf „unbestimmte Zeit“ die Rede war. „Nachdem die Tiroler Landesregierung ihren Aufgaben nur mäßig ernsthaft nachgekommen ist, mussten wir Freiheitliche intervenieren, um doch noch eine möglichst zeitnahe Freigabe zu bekommen“, zeigten sich der Bildungssprecher im Landtag, Christofer Ranzmaier, und FPÖ-Bezirksparteiobmann Fabian Walch erfreut über die Zusage.

SALZBURG 

Salzburgs Freiheitliche fordern ein klares Bekenntnis des Landtags zur Asyl- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung.

# Widersprüchlichkeiten in Sicherheitsfragen

## Landtag soll sich zur Asylpolitik des Innenministers bekennen

**Haslauer & Co. schießen in sicherheitspolitischen Fragen regelmäßig gegen Innenminister Herbert Kickl. Sie müssen jetzt endlich Farbe bekennen!**

Nicht nur durch den Einfluss der Grünen in der Landesregierung verhält sich die Salzburger ÖVP merkwürdig und verwunderlich gegenüber der Bundesregierung. Speziell in Sachen Mindestsicherung und Sicherheitspolitik handeln Haslauer und Co. eher wie eine linksliberale Oppositionspartei. „Einmal hü, einmal hott. Je nach Lust und Laune oder nach Wetterlage ändert

Landeshauptmann Haslauer seine Ansichten und lässt dabei seine tiefschwarzen Wurzeln ans Tageslicht kommen. Wir können uns in dieser Situation nicht mehr sicher sein, ob die schwarz-grün-pinke Landesregierung in Salzburg auch geeint hinter der Innenpolitik der Bundesregierung steht“, kommentiert FPÖ-Chefin Marlene Svazek

### Sicherheitsinteresse der Bürger

Aus diesem Grund fordert die FPÖ im Landtag ein Bekenntnis der Landesregierung zur Asylpolitik des Innenministeriums ein. Konkret geht es um die aktuell dis-

kutierte Sicherungshaft. „Die Interessen der Salzburgerinnen und Salzburger müssen im Vordergrund stehen. Es ist an der Zeit, dass die ÖVP Farbe bekennet und in Sicherheitsfragen den Kurs der türkis-blauen Bundesregierung unterstützt“, forderte Svazek und kritisierte die Querschüsse Haslauers in Richtung Herbert Kickl. Dem Landeshauptmann sei angeraten, Farbe zu bekennen und Sachpolitik zum Schutz der Österreicher zu betreiben: „Eine ‚Willkommenskultur‘ zur Wahrung des Koalitionsfriedens darf nicht zu Lasten der Sicherheit der Österreicher gehen!“

# Mehr Gestaltungskraft!

Vergangenes Wochenende wurde bekannt, dass ÖVP-Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer bei der nächstjährigen Landtagswahlen definitiv als Spitzenkandidat der steirischen Volkspartei antreten wird. Für die Freiheitlichen kam diese Personalentscheidung wenig überraschend, betonte FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kunasek: „Mit der Kandidatur von Schützenhöfer steht fest, dass die Volkspartei in der Steiermark auch inhaltlich an ihrer bisherigen politischen Stoßrichtung – also gegen den

Reformkurs der Bundesregierung – festhalten wird.“

Aus freiheitlicher Sicht bestehe die dringende Notwendigkeit, dass „endlich Dynamik und Innovationskraft“ auch auf Landesebene Einzug halten, mahnte Kunasek. „Es braucht mehr Gestaltungskraft für die Grüne Mark, die derzeitige schwarz-rote Koalition verhartet in vielen wichtigen Bereichen in völliger Untätigkeit.“ Bestes Beispiel sei das jahrelange Festhalten an einem toleranzromantischen Mindestsicherungsmodell.

STEIERMARK 

Kunasek: Schützenhofers Antreten verlängert Stillstand im Land

LÄNDER-  
SACHE

Marlene Svazek  
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

Am Weg einer politischen Idee ist es unerlässlich, das gemeinsame Ziel geduldig vor Augen zu behalten. Wer aber die falschen Schritte setzt, wird sich schwer tun, dort auch anzukommen. Mit ausreichend Selbstkritik und Reflexion präsentierte ich vergangene Woche die Analyse zum Wahlergebnis der Gemeindevertretungswahl in Salzburg.

## Aufbruchstimmung

Zunächst gilt es jedoch, festzuhalten, dass eine Wahl auf Kommunalebene selbstverständlich immer mehreren entscheidenden Faktoren unterliegt. Einer allgemeinen Stimmung zum Beispiel, einem Trend, den Themen an sich oder etwa den Persönlichkeiten. In den Gemeinden.

Doch diese Faktoren dürfen für uns keine Ausrede sein, mit unseren Stärken hinterm Berg zu halten. Sie sollten vielmehr ein Anreiz dafür sein, unser Profil weiter zu festigen. Denn worin liegen unsere Stärken als Freiheitliche? Bestimmt darin, die Herausforderungen der Zukunft zeitnah zu erkennen. In unserer direkten Art, diese unmissverständlich auszusprechen. Aber vor allem in der Nähe, die wir zu den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land bisher aufbauen konnten.

Bündeln wir diese Talente des politischen Miteinanders. Ja, was hilft es uns, wenn wir bis nachts im Büro sitzen, um die ausgefeiltesten Anträge zu produzieren, wenn wir nicht mehr bei den Menschen sind. Auf der Straße. In den Vereinen. Ja, auf den Stammtischen allerorts. Die FPÖ bietet ein großartiges Fundament für engagierte Menschen, die mit Ideen und Einsatz den Bürgern dienen wollen. Nutzen wir es!

GEZWITSCHER



Kontrast.at

@Kontrast\_at



Geht es nach der #FPÖ, soll der #ORF über Steuern statt über #GIS-Gebühren finanziert werden. Der Rundfunk würde so direkt von Regierungsparteien abhängig sein...

20.03.19 23:43

Panik in der roten Gemeinde, dass Koalition ihre „Personalwünsche“ genauso beinhaltet durchdrücken könnten, wie es die SPÖ bisher tat.

Roland Tichy

@RolandTichy



Die grüne Prophetin Greta plädiert jetzt für Kernenergie. Freue mich auf #FridayforFuture. Da hüpfen sie dann für Atomkraftwerke. Oder ist Greta eine falsche Propheten\*in?

20.03.19 07:18

Das wird jetzt lustig: Demonstrieren die Greta-Thunberg-Imitanten nächste Woche für Atomstrom?

WHATSAPP



Es ist unfassbar, was im rot-grün regierten Wien alles möglich ist! Der Betrieb einer als Büro getarnten illegalen Moschee in Wien-Floridsdorf ist vom roten Bürgermeister unverzüglich zu unterbinden und der als antisemitischer Hassprediger bekannte Imam auszuweisen. Zum Glück wird die Bundesregierung den politischen Islam gesetzlich verbieten!

18:12

GEFÄLLT MIR



HC Strache

26.03.2019

Der heutige Auftritt von Michael Häupl vor der Kommission zur Untersuchung der KH Nord-Affäre ist eine einzigartige Distanzierung von der eigenen Gesundheitspolitik.



1.147 Personen gefällt das.

Omerta á la Wien: Wie bei allen Steuergeldverschwendungen setzt bei den Wiener Genossen danach schlagartig eine Amnesie ein.

# Wrabetz in Panik: „FPÖ will, dass es den ORF zerbröselst!“

## Bestbezahltem Intendanten laufen Zuseher und Reformwille davon

**O**RF-Generaldirektor sieht bei GIS-Ende den „Verlust der journalistischen Unabhängigkeit“ und den Willen der FPÖ, „dass es den ORF zerbröselst“.

Der Marktanteil der beiden ORF-Fernsehprogramme, der einst über 90 Prozent gelegen war, und den Alexander Wrabetz auf 40 Prozent zu heben versprochen hat, fällt schon immer öfter unter die 30-Prozent-Grenze. Dennoch soll jeder Besitzer eines TV-Gerätes für das anscheinend uninteressante Programm weiter die GIS zahlen?

### Gagenkaiser gegen Reform

Natürlich will das ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz. In Spanien, den Niederlanden und in Dänemark ist dies bereits gesche-



Wrabetz kassiert mehr als die Chefs von ARD oder ZDF.

hen. Dort wurde die finanzielle Ausstattung der Sender um 20 bis 30 Prozent gekürzt. Fürchtet Wrabetz um seine 400.000 Euro Jahresgehalt und die Spitzengagen seiner „Stars“, denen das Publikum davonläuft?

Und natürlich drohte er sofort den Landeshauptleuten mit der Schließung der Landesstudios. Prompt

reagierte die alte rot-schwarze Allianz (Haslauer, Kaiser, Mikl-Leitner) auf den möglichen Verlust der Gratis-Belagsendungen und der millionenschweren „Kulturförderung“ aus der GIS.

Ist das der öffentlich-rechtliche Auftrag? Herr Wrabetz, Sie haben den ORF schon ruiniert, den kann man nicht weiter „zerbröseln“.

## FPÖ IN DEN MEDIEN

Die „Presse“ ortete im gemeinsamen Auftritte von Verteidigungsminister Mario Kunasek mit Landsfrau Beate Hartinger-Klein zur Reform der Mindestsicherung in Graz bereits ein „Warmlaufen“ des FPÖ-Landesparteiobmanns für die

### Kunaseks Kür als „Formalakt“

Landtagswahl 2020. Kunaseks Kür zum Spitzenkandidaten beim Landesparteitag am 18. Mai sieht die Zeitung nunmehr als „Formalakt“ auf dem Weg „zum Mitregieren“ in der grünen Mark.

Die Neos gerieren sich im Burgenland als Ersatz für die bei der Wahl verlorengegangenen Grünen. Mit einer persönlichen Spitze gegen Infrastruktur-

### Neos wollen Pinkfelder über Flugplatz befragen

Landtagswahl 2020. Kunaseks Kür zum Spitzenkandidaten beim Landesparteitag am 18. Mai sieht die Zeitung nunmehr als „Formalakt“ auf dem Weg „zum Mitregieren“ in der grünen Mark.

minister Norbert Hofer heischen sie im „Kurier“ nach Publicity: Sie wollen die Pachtverträge des Sportfliegervereins Pinkfelder, bei dem der begeisterte Flieger Hofer Mitglied ist, kündigen – wegen Lärmbelästigung.

**Das neue Magazin**

- Kompakt und topaktuell informiert
- In regelmäßigen Abständen
- Ideal am Handy abrufbar (Hochformat)

**Bleib informiert auf f/fpoe**

**Lisa Gubik** **Christian Schuch**

**FPÖ TV** **Direkt**

# Gutes Theater in der Josefstadt:

## Jacobowsky und der Oberst: Die Situation ist ernst, aber nicht hoffnungslos – umgekehrt?

Franz Werfel hat auf seiner Flucht in die USA in Lourdes gelobt, der heiligen Bernadette einen Roman zu widmen. Und zudem hat er dort den aus Deutschland vertriebenen Bankier Stephan S. Jakobowicz getroffen, der ihm von seiner abenteuerlichen Flucht durch Frankreich in Gesellschaft eines kapriziösen Obersts der polnischen Exilarmee erzählt.

Jetzt sehen wir in der Josefstadt ein Theaterstück, das sowohl dem Autor als auch den Hauptpersonen so gerecht wird, wie es nur denkbar ist. Das Schöne dran: Kein Regisseur hat, wie sonst üblich, das Stück „entstaubt“ oder in die jetzige Zeit versetzt. Was ja kaum notwendig ist, da die hier dargestellte Zeit noch sehr nahe, für manche sogar in ihren Lebensjahren liegt.

### 1940 ist kaum 80 Jahre her

Werfel hat die Bühnensfassung „Komödie einer Tragödie“ genannt. Und was schon wieder etwas Schö-

nes ist: Herbert Föttinger, der Chef des Hauses, ist nicht wie üblich in vielen anderen Stücken nichts anderes als Herbert Föttinger, sondern er geht in der Rolle des Jakobowsky, in der persönlichen Veränderung dieser Person vom Charmeur zur gehässigen Karikatur, völlig auf. Der polnische Pseudo-Akzent stört da, in diesem „schwärmütigen“ Drama, überhaupt nicht.

Der Darsteller des Abends aber ist Johannes Silberschneider als Oberst. Da passt jedes Wort, und jede Geste sitzt.

### Guter Film, gutes Theater

Hat man eventuell noch den Film in Erinnerung, der uns die Handlung schwarz-weiß mit Danny Kaye und Curd Jürgens 1958 großartig darbot (wobei letzterer im Programm seinen Vornamen als „Curt“ vorfand, weil „curd“ im Englischen „Topfen“ heißt), kann man der Josefstadt-Inszenierung nur die größte Hochachtung entgegenbringen.



Werfels „Komödie einer Tragödie“ in der Josefstadt.

Auch die Aufführung aus dem Jahr 1997 war anzuerkennen, aber hier ist das Original, das wir eigentlich Max Reinhardt verdanken, da er Werfel zum Schreiben des Stückes animierte, weitaus näher.

In den im Titel genannten Personen, in denen sich quasi „der ewige Jude“ und „der heilige Franziskus“ mit wachsender Toleranz gegenüberstehen, begegnet man großer Schauspielkunst, aber auch sämtliche Nebenrollen sind erstklassig be-

setzt und regiemäßig durch Janusz Kica mit Liebe zum Detail bestens betreut. Matthias Franz Stein und Pauline Knof seien als erste erwähnt, aber es wäre ungerecht, nicht auch Alexander Absenger, Marianne Nentwich, Ulrich Reinhaller, Claudius von Stolzmann, Wojo van Brouwer und Alma Hasun zu erwähnen.

Allen sei Dank. Man erlebt, dass man heutzutage ja doch noch ins Theater gehen kann. *Herbert Pirker*

## Joker sagt „Ja!“ zum E-Scooter

Unter allen mitspielenden Joker Tipps der Ziehungen vom 27. März bis 7. April 2019 werden zusätzlich 100 E-Scooter verlost.

Der E-Scooter ist aus dem städtischen Straßenbild kaum noch wegzudenken. Als umweltfreundliche und kräfteschonende Alternative zu Auto und Fahrrad haben die akkubetriebenen Elektroroller eine stetig wachsende Fangemeinde. Grund genug für Joker, dieses innovative Fortbewegungsmittel auch seinen Spielteilnehmern zur Verfügung zu stellen.

Unter allen Joker Tipps, die bei zumindest einer der Ziehungen vom 27. März bis 7. April 2019 mitspielen, werden 100 E-Twow Booster V von Samsung verlost. Ein E-Scooter, der mit 10,8 kg Gewicht zu den leichtesten Modellen zählt und über eine Reichweite von 40 Kilometer verfügt. In der Booster-Version eignet er sich auch für Strecken mit extremer Steigung. Die Ziehung der 100 Gewinnertipps erfolgt am Sonntag, den 7. April im Anschluss an die Joker Ziehung. Die Quittungsnummern werden unter anderem auf [win2day.at](http://win2day.at), über die Lotterien App, im Teletext und in den Annahmestellen bekannt gegeben.

Mit dem „Ja!“ zum Joker und einer Portion Glück zum lässig-luftigen Fahrvergnügen im Frühling!



## Lotterien App aufladen und 10 Euro kassieren

Zuschuss zur Glücksbörse wartet ab 25. März 2019 auf Spielteilnehmer, die zum ersten Mal Guthaben aufladen.



Die Lotterien App mit integrierter Glücksbörse kennenlernen und dafür auch noch 10 Euro Startguthaben kassieren? Aber sicher! Wer jetzt Guthaben für seine Lotterien App kauft, erhält Gratisguthaben von 10 Euro auf seine Glücksbörse gutgeschrieben.

Und so geht's: Man lädt die Lotterien App herunter, geht in die nächstgelegene Annahmestelle und bucht dort Guthaben auf. Dafür gibt es ab 25. März 10 Euro zusätzlich für die Glücksbörse. Und sofort kann man überall und jederzeit Lotto, LottoPlus, EuroMillionen und Joker spielen (möglich sind Normal-, System- und Quicktipps) – ohne weitere Anmeldung.

Die Aktion gilt ausschließlich für Erstaufladungen und läuft so lange, bis 100.000 Euro ausgeschöpft sind. User, die ihre Lotterien App aufgeladen haben, erhalten ihre Verständigung über die Gratisgutschrift als In-App-Notification. Erhältlich ist die App unter: [www.bit.ly/LotterienApp](http://www.bit.ly/LotterienApp)



## Senioren Ausflug Schloss Hof im Marchfeld

### Ablauf und Programm:

- 09 Uhr Hauptbahnhof Wien (Treffpunkt: gegenüber ÖBB-Zentrale)
- Führung Schloss Hof
- Gemeinsames Mittagessen
- Besuch des Ostermarktes
- ca. 18 Uhr Ankunft in Wien



Samstag

13.

April 2019

### Teilnehmerbeitrag:

für FPÖ- oder WSR-Mitglieder: 20 Euro  
für Nicht-Mitglieder: 30 Euro

- \* inkl. Busfahrt
- \* inkl. Führung Schloss Hof
- \* inkl. 3-gängiges Menü und Getränk

Anmeldung unter [sonjamikas@gmail.com](mailto:sonjamikas@gmail.com) oder per Telefon bei Sonja Mikas (0676/944 1040)

# EINLADUNG

**FBI** Freiheitliches  
Bildungsinstitut  
Gesellschaft für Politik, Kultur & Meinungsfreiheit



Einladung der Freiheitlichen Akademie Wien und  
des Freiheitlichen Bildungsinstitutes zu einem Vor-  
trag mit der Islamexpertin und bekannten Autorin  
Laila Mirzo:

## „Der politische Islam und seine Gefahr für Europa“

DATUM: **Dienstag, 2. April 2019**  
BEGINN: **19:00 Uhr**  
ADRESSE: **Vorstadtwirt Selitsch  
Konstanziagasse 17, 1220 Wien**

Mit der Anmeldung zu der Veranstaltung erkläre ich meine ausdrückliche Zustimmung, dass Foto- und Videomaterial, auf dem ich abgebildet bin, zur Presseberichterstattung verwendet und in verschiedenen (Sozialen) Medien, Publikationen und auf Webseiten veröffentlicht werden kann.  
Weitere Informationen zum Thema Datenschutz und Ihre Rechte finden Sie unter: [www.fbi-politikschue-lea.at/datenschutz](http://www.fbi-politikschue-lea.at/datenschutz) und <http://www.akademiewien.at/datenschutz>

**FPÖ** DIE SOZIALE  
HEIMATPARTEI

**Sehr geehrte Damen und  
Herren, liebe Freunde!**

**Vom 20. März bis zum 2. April 2019  
findet in Wien die AK-Wahl statt.**

Die Interessensvertretung der Arbeiter und Angestellten ist seit vielen Jahren fest in der Hand der SPÖ.

Während die Sozialisten seit Ende 2017 endlich in Opposition sind und die **FPÖ in der Bundesregierung** seitdem die vielen Fehler der Vergangenheit **Stück für Stück zu reparieren** versucht, sieht die SPÖ die Arbeiterkammer als „Erbpacht“ an.

Die **Arbeiterkammer ist jedoch für ALLE Arbeitnehmer da** und muss daher auch die **Interessen ALLER Arbeitnehmer vertreten**. Die parteipolitische Brille der SPÖ hat in der Interessensvertretung also nichts verloren.

Leider wissen viele Betroffene – obwohl sie einen Zwangsbeitrag zahlen müssen – gar nicht, was die Arbeiterkammer macht. Und wenn man die Wahlbeteiligung der vergangenen Jahre betrachtet, dann sieht man, dass **nur rund 38% der Wahlberechtigten** überhaupt zur Wahl gegangen sind. Das darf nicht länger so bleiben!

Wenn wir auch in der **Arbeiterkammer eine Wende zum Besseren** herbeiführen wollen, dann **müssen wir ALLE unseren Beitrag dazu leisten**.

**Ich bitte Euch daher, zwischen dem 20. März und 2. April von Eurem Wahlrecht Gebrauch zu machen und die „Freiheitlichen Arbeitnehmer - FPÖ“ zu wählen.**

Zeigen wir der SPÖ, dass die fetten Jahre auch in der Arbeiterkammer vorbei sind. Zeigen wir der SPÖ, dass es kein „ruhiges Kämmerlein“ mehr gibt, wo man weiterhin sozialistische Politik ohne Opposition betreiben kann.

Dieses Land muss und wird sich ändern und diese Veränderung macht auch vor der Arbeiterkammer nicht halt!

**Nur wer wählt, der entscheidet! Entscheide auch DU!**

*HC Strache*  
Dein Heinz-Christian Strache  
Vizekanzler

[www.fpoe.at](http://www.fpoe.at)



Heinz-Christian Strache:

# Mein Team für ein starkes Österreich in Europa



[fpoe.eu](http://fpoe.eu)